EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

JAHRESBERICHT 1962

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Die Konten und die Bilanz der Europäischen Investitionsbank lauten auf die im Artikel 4 Absatz 1 ihrer Satzung festgesetzte Rechnungseinheit. Ihr Wert beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

In dem vorliegenden Bericht erfolgen die Umrechnungen in die Rechnungseinheit unter Anwendung nachstehender Paritäten :

1 Rechnungseinheit =
- 50 belgische Franken
- 4,00 Deutsche Mark
- 4,93706 neue französische Franken
- 625 italienische Lire
- 50 luxemburgische Franken
- 3,62 holländische Gulden
- 1 US-Dollar
- 4,37282 Schweizer Franken

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

JAHRESBERICHT 1962

RAT DER GOUVERNEURE

Belgien :	ANDRÉ DEQUAE, Finanzminister, Brüssel;
Deutschland :	HEINZ STARKE, Finanzminister, Bonn; bis zum 13. Dezember 1962;
	ROLF DAHLGRÜN, Finanzminister, Bonn; ab 14. Dezember 1962;
Frankreich :	WILFRID BAUMGARTNER, Finanz- und Wirtschaftsminister, Paris; bis zum 17. Januar 1962;
	VALÉRY GISCARD D'ESTAING, Finanz- und Wirtschaftsminister, Paris; ab 18. Januar 1962;
Italien :	PAOLO EMILIO TAVIANI, Minister des Schatzamtes, Rom; bis zum 20. Februar 1962;
	ROBERTO TREMELLONI, Minister des Schatzamtes, Rom; ab 21. Februar 1962;
Luxemburg :	PIERRE WERNER, Staatsminister, Ministerpräsident, Finanzminister, Luxemburg; Präsident bis zum 7. Mai 1962;
Niederlande :	JELLE ZIJLSTRA, Finanzminister, Den Haag; Präsident ab 8. Mai 1962.

VERWALTUNGSRAT

Präsident : PARIDE FORMENTINI

Ordentliche Mitglieder :	*Stellvertreter :*
	PIERRE MILLET, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel; ab 28. Februar 1962 ersetzt durch : ALAIN PRATE, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel;
FRANCO BOBBA, Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel;	
SJOERD BOOMSTRA, Direktor der Auslandsfinanzen im Finanzministerium, Den Haag;	OTTO WILLEM VOS, Direktor im Finanzministerium, Den Haag;
RAYMOND DENUCÉ, Finanzberater des Crédit Communal de Belgique, Brüssel;	PIERRE GUILL, Ministerialrat im Finanzministerium, Luxemburg;
ROBERTO DUCCI, Botschafter, Auswärtiges Amt, Rom;	MARIO PENNACHIO, Consulente della Banca d'Italia, Consigliere Finanziario bei der Italienischen Botschaft in der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Paris;

Fritz FECHNER, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Bonn;	Friedrich BERNARD, Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, Bonn; stellvertretendes Mitglied ab 8. Mai 1962;
Herbert MARTINI, Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main;	Walter DUDEK, Senator der Finanzen a.D., Hamburg-Harburg;
Alfred MÜLLER - ARMACK, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn-Duisdorf;	Ernst vom HOFE, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn-Duisdorf;
Maurice PÉROUSE, Direktor des Schatzamtes im Finanz- und Wirtschaftsministerium, Paris;	François BLOCH-LAINÉ, Generaldirektor der Caisse des Dépôts et Consignations, Paris;
Jean SADRIN, Direktor der Auslandsfinanzen im Finanz- und Wirtschaftsministerium; dann stellvertretender Generaldirektor des Comptoir National d'Escompte de Paris, Paris; ab 8. Mai 1962 ersetzt durch : André de LATTRE, Direktor der Auslandsfinanzen im Finanz- und Wirtschaftsministerium, Paris;	Roger BOYER, Mitglied des Verwaltungsrats der Banque Française du Commerce Extérieur, Mitglied des Conseil National du Crédit, Paris;
Pasquale SARACENO, Direttore centrale dell'Istituto per la Ricostruzione Industriale, Rom;	Alberto CAPANNA, Condirettore generale der Finsider, Rom;

PIERRE - PAUL SCHWEITZER, Sous-Gouverneur de la Banque de France, Paris;

JEAN RIPERT, Commissaire général adjoint du Plan d'Équipement et de la Productivité, Paris; stellvertretendes Mitglied ab 14. Januar 1963;

STEFANO SIGLIENTI, Präsident des Istituto Mobiliare Italiano, Präsident der Associazione Bancaria Italiana, Rom;

GIUSEPPE DI NARDI, Präsident der S.p.A. Navalmeccanica, Rom.

DIREKTORIUM

PARIDE FORMENTINI, *Präsident*
HANS KARL VON MANGOLDT-REIBOLDT, *Vizepräsident*
YVES LE PORTZ, *Vizepräsident* *

* Herr CLAUDE TIXIER übte das Amt des Vizepräsidenten bis zum 15. Juli 1962 aus.

ABTEILUNGEN

Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten	HENRI LENAERT, Direktor **. ARNOLD RIETZ, stellvertretender Direktor, Personalchef.
Kreditabteilung für Mitgliedsländer	HANS WERNER VON LINDEINER-WILDAU, Direktor ***. ROMEO DALLA CHIESA, stellvertretender Direktor. JEAN LEBUY, stellvertretender Direktor.
Kreditabteilung für Assoziierte Länder	GUY TRANCART, Direktor. RUDOLF SPRUNG, stellvertretender Direktor.
Finanzabteilung	GIANDOMENICO SERTOLI, Direktor.
Volkswirtschaftliche Abteilung	ALBERTO CAMPOLONGO, Direktor. PIERRE BARRE, stellvertretender Direktor.
Juristische Abteilung	J. NICOLAAS VAN DEN HOUTEN, Direktor.

Beratender Ingenieur	HENRI JEANDET.

** Herr JEAN FRÈRE übte das Amt des Generalsekretärs bis zum 5. Juni 1962 aus.
*** Herr GÜNTHER BERGAN übte das Amt des Direktors bis zum 31. Oktober 1962 aus.

PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Präsident

RENÉ BRESSON	Président de Chambre Honoraire à la Cour des Comptes, ehemaliger Präsident der Commission de Vérification des Comptes des Entreprises Publiques, Paris;

Mitglieder

KARL BERNARD	Ehemaliger Präsident des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder, Frankfurt/Main.
ADRIAAN M. DE JONG	Ehemaliger Direktor-Sekretär und Vizepräsident der Nederlandsche Bank, Amsterdam.

JAHRESBERICHT 1962

I

Das wirtschaftliche Wachstum der Gemeinschaft hat sich 1962 in einem gegenüber dem Vorjahr leicht verringerten Tempo fortgesetzt. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich real um 4,9 % gegenüber 5,2 % in 1961 und 7,1 % in 1960. Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Preisniveaus lag 1962 das Bruttosozialprodukt zu laufenden Preisen um etwa 9 % über dem des Vorjahres (201 Milliarden Rechnungseinheiten). Es betrug 219 Milliarden Rechnungseinheiten, was einem Durchschnitt von 1.270 Rechnungseinheiten pro Kopf der Bevölkerung entsprach.

Mit einem realen Zuwachs des Sozialproduktes von jeweils etwa 6 % wiesen Frankreich und Italien von den Ländern der Gemeinschaft die stärkste Expansion auf. Diese Zuwachsrate bedeutete für Frankreich ein höheres Expansionstempo als im Vorjahr (1961 : 4,1 %), für Italien dagegen eine Verminderung (7,9 %). In Deutschland betrug die Zuwachsrate 4,1 % gegenüber 5,5 % im Vorjahr, in Belgien 3,5 % gegenüber 3 % und in den Niederlanden 2,9 % gegenüber 2,5 %. In Luxemburg scheint sich das Sozialprodukt nicht weiter erhöht zu haben, was im wesentlichen auf die ungünstige Marktlage für die wichtigsten Exportprodukte des Landes zurückzuführen ist.

Die wirtschaftliche Aktivität wurde auch 1962 durch den anhaltenden Mangel an Arbeitskräften beeinflusst, der der Expansion in einigen Ländern enge Grenzen setzte. Arbeitskräftewanderungen innerhalb der Gemeinschaft und auch Zuwanderung aus Drittländern konnten Engpässe auf den Arbeitsmärkten zum Teil abschwächen. Da jedoch weitere Verkürzungen der Arbeitszeit die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots vielfach kompensierten, wurde die Ausweitung der Produktion vorwiegend nur durch die Erhöhung der Produktivität ermöglicht.

Aber auch auf der Nachfrageseite wurden Faktoren wirksam, die auf eine gewisse Verlangsamung der Expansion hinwirkten. Unter den Komponenten der Inlandsnachfrage wurde die Entspannung besonders in der Entwicklung der Nachfrage nach Investitionsgütern bemerkbar : die Zuwachsraten der Anlageinvestitionen waren in allen Mitgliedsländern niedriger als im Vorjahr. Anhaltend lebhaft blieb jedoch, durch weitere Lohnerhöhungen begünstigt, der private Verbrauch. Auch die öffentliche Nachfrage erhöhte sich weiter stark. Damit erwies sich die private und öffentliche Verbrauchsnachfrage mehr und mehr als die wichtigste Stütze der weiteren wirtschaftlichen Expansion.

Der EWG-Binnenhandel nahm auch 1962 weiterhin stark zu : er erhöhte sich wertmässig um 14 % (nach 15 % im Vorjahr) und lag damit rund 87 % über dem Stand von 1957, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des Vertrages von Rom.

Von der Aussennachfrage gingen wie im Vorjahr nur sehr begrenzte Impulse auf die wirtschaftliche Expansion in der Gemeinschaft aus : die Warenausfuhr nach Drittländern erhöhte sich wertmässig nur um etwa 1 % gegenüber 5 % im Vorjahr. Besonders betroffen wurde die Exportentwicklung derjenigen Länder der Gemeinschaft, für die Investitionsgüter einen relativ hohen Anteil ihrer Gesamtausfuhr darstellen und für die sich deshalb die schwächere Investitionsentwicklung in den Drittländern auswirkte.

Die Wareneinfuhr der Gemeinschaft aus Drittländern erhöhte sich 1962 wesentlich stärker : der Zuwachs betrug wertmässig etwa 9 % gegenüber 5 % im Jahre 1961. Die Handelsbilanz der Gemeinschaft verschlechterte sich deshalb weiter und verzeichnete ein Defizit von etwa 1,5 Milliarden Rechnungseinheiten gegenüber einem annähernden Gleichgewicht in 1961 und einem Überschuss in 1960.

* * *

Unter regionalpolitischen Gesichtspunkten bleibt die Hebung des wirtschaftlichen Niveaus in Süditalien weiter das wichtigste Problem im Raum der Gemeinschaft. Süditalien, mit einer Bevölkerung von 19 Millionen (37 % der Bevölkerung Italiens oder 11 % der Bevölkerung der EWG), erreichte 1961 ein Pro-Kopf-Produkt von nur etwa einem

Drittel des Durchschnitts der Gemeinschaft. Den vollen wirtschaftlichen Anschluss dieses Gebietes an die entwickelten Gebiete der Gemeinschaft durch Investitionen in den Bereichen der Infrastruktur, der Industrie und der Landwirtschaft zu fördern, ist nicht nur ein vorrangiges Anliegen des italienischen Staates, sondern auch der europäischen Institutionen. Aus diesem Grunde ist die Bank auch im letzten Jahr wiederum besonders in diesem Gebiet tätig gewesen.

Die wirtschaftlichen Förderungsmassnahmen haben sich bereits in einem Anstieg des auf den Mezzogiorno entfallenden Anteils am Gesamtvolumen der in Italien durchgeführten Investitionen niedergeschlagen. Noch vor einigen Jahren glaubte man, eine Vergrösserung des Abstandes zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung des Mezzogiorno und des übrigen Italiens feststellen zu müssen. In den letzten Jahren scheint jedoch eine umgekehrte Entwicklung eingesetzt zu haben, da die Zuwachsraten im Mezzogiorno höher sind als in Nord- und Mittelitalien. Ein weiteres Anzeichen für den Aufschwung der süditalienischen Wirtschaft ist die Errichtung neuer Unternehmen, für die nicht nur die staatlichen Förderungsmassnahmen, sondern vor allem auch die vorhandenen Arbeitskraftreserven und die Aussicht auf einen aufnahmefähigen und in rascher Ausdehnung begriffenen Markt einen grossen Anreiz bieten. Es ist jedoch nicht ausser acht zu lassen, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Mezzogiorno noch viele Jahre lang grosse Anstrengungen, vor allem auch hinsichtlich der Berufsausbildung der Arbeitnehmer, erfordern wird.

In den übrigen Gebieten der Gemeinschaft bestehen, von einigen Teilen West-, Mittel- und Südfrankreichs abgesehen, keine Probleme gleichen Ausmasses. Die französischen Behörden haben eine Aktion eingeleitet, um in diesen Gebieten den Lebensstandard zu erhöhen und die Beschäftigungslage zu verbessern. Diese Massnahmen haben bereits zu umfangreichen Investitionen geführt, zu denen auch die Bank, besonders in der Bretagne und in Südfrankreich, beigetragen hat.

In den weniger entwickelten Regionen der anderen Länder der Gemeinschaft hat das Pro-Kopf-Produkt in der Regel bereits ein höheres Niveau, und die Probleme dieser Gebiete bestehen mehr in der

Beseitigung von Strukturmängeln und der Neuorientierung der Wirtschaftstätigkeit als in der Beseitigung einer starken strukturellen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

* * *

Die Bruttoanlageinvestitionen der Gemeinschaft betrugen 1962 nach vorläufigen Schätzungen 49 Milliarden Rechnungseinheiten. Die gesamten Investitionsausgaben erhöhten sich somit gegenüber dem Vorjahr, für das sie sich auf 44 Milliarden beliefen, um rund 11 %. Real erhöhte sich das Investitionsvolumen jedoch nur um etwa 6,2 %; auch 1962 waren wieder wesentliche Preiserhöhungen, besonders im Bausektor, zu verzeichnen. Sowohl wert- wie auch volumenmässig lag der Zuwachs der Anlageinvestitionen noch über den entsprechenden Zuwachsraten des Sozialprodukts (9 bzw. 4,9 %), und der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt erhöhte sich noch einmal von 22 % auf 22,3 %. Im Jahresvergleich war jedoch, wie die folgende Tabelle zeigt, in allen Mitgliedsländern eine mehr oder minder grosse Abnahme der realen Expansionsraten der Investitionen festzustellen.

REALER ZUWACHS
DER BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN
1961 und 1962 (in %)

	1961	1962
Deutschland	9,7	4,5
Frankreich	10	7,5
Italien	11,5	8,9
Niederlande	6,7	5,1
Belgien	10	6
Luxemburg	..	..
Gemeinschaft	9,7	6,2

Der Rückgang der Zuwachsraten ist in erster Linie auf die Verlangsamung der Expansion bei den Anlageinvestitionen der Unternehmen zurückzuführen. Die Investitionsausgaben der Unternehmen, die sich im Vorjahr um etwa 15 % erhöht hatten, nahmen 1962 nur noch um 10 % zu. Die reale Zuwachsrate der Investitionen im Bereich der Unternehmen kann auf 7 % geschätzt werden, nachdem sie 1961 etwa 12 % betragen hatte.

Die öffentlichen Investitionsausgaben haben in allen Ländern der Gemeinschaft, mit Ausnahme Italiens, wo ein Rückgang der öffentlichen Investitionen um etwa 5 % zu verzeichnen war, zugenommen. Für die Gemeinschaft insgesamt sollte die Zunahme der öffentlichen Investitionsausgaben wieder etwa 10 % betragen. Wegen der im Vergleich zum Vorjahr grösseren Preissteigerung sollte die reale Zuwachsrate allerdings etwas zurückgegangen sein.

Im Wohnungsbau wurde die Aktivität, abgesehen von dem weiter bestehenden Mangel an Arbeitskräften, besonders durch die Produktionsausfälle infolge der schlechten Witterungsbedingungen in den ersten Monaten des Jahres beeinflusst. In fast allen Ländern nahm das Wohnungsbauvolumen weniger zu als im Vorjahr oder verminderte sich sogar leicht. Eine Ausnahme machte Italien, wo die Wohnungsbauinvestitionen um real 15 % zunahmen (1961 : 5 %). Für die Gemeinschaft insgesamt lag die reale Zuwachsrate unter dem Einfluss der Entwicklung in Italien mit fast 5 % noch über der des Vorjahres (4 %). Die Investitionsausgaben erhöhten sich, bedingt durch weiter ansteigende Preise, mit 12 % etwas stärker als im Vorjahr.

Da sich die Investitionen der Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung und des Wohnungsbaus nominell etwa im gleichen Umfang erhöhten, blieb die Zusammensetzung der Investitionsausgaben im Vergleich zum Vorjahr im wesentlichen unverändert : 68 % der Investitionsausgaben entfielen auf den Bereich der Unternehmen, 23 % auf den Wohnungsbau und 9 % auf die Investitionen der öffentlichen Verwaltung.

DIE BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN
DER GEMEINSCHAFT, 1958-1962

	in Milliarden Rechnungseinheiten zu jeweiligen Preisen			*in %*				
	1960	1961	1962	1958	1959	1960	1961	1962
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,8	3,0	3,2	7,6	7,4	7,4	6,9	6,6
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	0,9	1,0	1,0	3,0	2,8	2,5	2,3	2,1
Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	9,9	12,2	13,7	24,4	24,2	25,9	27,8	27,9
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke	2,5	2,6	3,0	7,2	7,1	6,4	6,0	6,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,9	6,6	7,2	15,3	15,3	15,5	15,0	14,8
Handel und sonstige Dienstleistungen	3,7	4,5	5,2	9,0	8,8	9,6	10,2	10,6
Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen	25,7	29,9	33,3	66,5	65,6	67,3	68,2	68,0
Wohnhäuser	8,9	9,9	11,1	24,2	24,6	23,2	22,4	22,7
Staat	3,6	4,1	4,5	9,3	9,8	9,5	9,4	9,3
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt	38,2	43,9	48,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Unter den Ursachen für den Rückgang der Expansion bei den Anlageinvestitionen muss vor allem auf den Einfluss der verminderten Selbstfinanzierung bei den Unternehmen hingewiesen werden. Bedeutende Lohnerhöhungen und verstärkter interner und internationaler Wettbewerb, der eine Kompensierung der Kostenerhöhungen durch Preissteigerungen hemmte, scheinen vielfach zu sinkenden Gewinnmargen und damit geringeren Selbstfinanzierungsmöglichkeiten geführt zu haben.

Es ist in diesem Zusammenhang allerdings zu berücksichtigen, dass der Anteil des gesamten Investitionsvolumens, der von einer Veränderung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten direkt betroffen wird, nur auf etwa 65 % der Anlageinvestitionen der Unternehmen, d.h. etwa 45 % der Gesamtinvestition, geschätzt werden darf. Es handelt sich im wesentlichen um die Investitionen der privaten Unternehmen. Dagegen sollten die Investitionsentscheidungen der öffentlichen Unternehmen nur bedingt von dieser Entwicklung berührt werden : ihre Investitionen werden in der Regel langfristig festgelegt; auch haben diese Unternehmen zumeist eine bevorzugte Stellung auf den Kapitalmärkten und

können ausserdem vielfach auf Finanzierungsmittel von Spezialkreditinstituten oder selbst auf Kredite aus öffentlichen Budgetmitteln zurückgreifen. Auch die Finanzierung des Wohnungsbaus und schliesslich vor allem die Finanzierung der Investitionen des Staates werden von anderen Gesichtspunkten bestimmt.

Neben der veränderten Situation auf dem Gebiet der Investitionsfinanzierung haben auch andere Faktoren einen grossen Einfluss auf die Investitionsentschlüsse der Unternehmen gehabt. Umfangreiche Kapazitätserweiterungen sind in den letzten Jahren vorgenommen worden; die leichte Verlangsamung des Wachstums der Gesamtnachfrage, die sich seit 1961 anbahnte, hat die Unternehmen zu einer Neubeurteilung der zukünftigen Absatzmöglichkeiten gezwungen und vielfach zu einer Herabsetzung ihrer Investitionsprogramme veranlasst.

Auch der Mangel an Arbeitskräften hemmte in manchen Ländern eine weitere Ausdehnung der Produktionskapazitäten. Andererseits regte aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu arbeitssparenden Rationalisierungsinvestitionen an, deren Anteil am gesamten Investitionsvolumen in letzter Zeit beträchtlich zunimmt.

Was die weitere Entwicklung der Investitionen anbetrifft, wird erwartet, dass sich die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt 1963 in einem gegenüber dem Vorjahr nur wenig verringerten Tempo erhöhen werden. Eine nochmalige Abschwächung der Zuwachsraten der Investitionen der Unternehmen wird zwar erwartet, aber andererseits sollte im Wohnungsbau und besonders im öffentlichen Sektor die Expansion andauern.

Besonders im öffentlichen Bereich bestehen nach wie vor bedeutende Möglichkeiten für eine Ausdehnung der Investitionen. In vielen Gebieten der Gemeinschaft, und zwar nicht nur in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen, besteht im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur ein beträchtlicher Nachholbedarf. In den industrialisierten Ballungsräumen sind die sozialen Folgeeinrichtungen, aber auch das öffentliche Transport- und Strassenwesen oft hinter der schnellen wirtschaftlichen und Bevölkerungsentwicklung zurückgeblieben; andererseits fehlt in den unterentwickelten Gebieten die für ihre Entwicklung

notwendige Infrastruktur oft überhaupt noch weitgehend. Eine Mobilisierung dieser Nachfragereserve könnte einer in anderen Bereichen weniger stark expandierenden Investitionstätigkeit entgegenwirken.

* * *

Über die Kapitalströme in den Ländern der Gemeinschaft ist zu wenig bekannt, als dass es möglich wäre, einen Gesamtüberblick über die verschiedenen Quellen der für Investitionszwecke verwendeten Finanzmittel zu geben.

Ein beträchtlicher Anteil der Mittel für die Finanzierung der Bruttoanlageinvestitionen stammt aus den Abschreibungen; diese betrugen im Jahre 1962 schätzungsweise 20 Milliarden Rechnungseinheiten, d.h. etwa 40 % der Bruttoanlageinvestitionen.

Die Nettoinvestitionen beliefen sich somit auf 29 Milliarden. Die Selbstfinanzierung aus re-investierten Gewinnen war wahrscheinlich auch 1962 trotz der bereits erwähnten Schmälerung der Gewinnspannen die wichtigste sonstige Finanzierungsquelle, aus der mehr als ein Drittel der Nettoinvestitionen finanziert wurde.

Die Wertpapieremissionen auf den Kapitalmärkten der Gemeinschaft erbrachten im Jahre 1962 erheblich höhere Beträge als in den Vorjahren :

NETTOEMISSIONEN VON WERTPAPIEREN IN DER GEMEINSCHAFT, 1958-1962

(in Milliarden Rechnungseinheiten)

	1958	1959	1960	1961	1962
Aktien	1,29	1,55	2,12	2,28	2,63
Anleihen der öffentlichen Hand	1,43	1,70	1,10	1,15	5,24
Schuldverschreibungen des privaten Sektors	2,76	2,89	2,53	3,53	
Insgesamt	5,50	6,15	5,76	6,96	7,87

Die Nettoemissionen von Staatspapieren und Schuldverschreibungen beliefen sich auf 5,24 Milliarden (gegenüber 4,68), die Aktienemissionen auf 2,63 Milliarden (gegenüber 2,28). Der Gesamtbetrag von 7,87 Milliarden stellt eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (6,96 Milliarden) um 13 % dar. Dieser Prozentsatz übersteigt die Zuwachsrate der Investitionen.

Ein Betrag in etwa der gleichen Höhe wurde durch mittel- und langfristige Kredite der Finanzierungsinstitute aufgebracht. Die Ausweitung des Kreditvolumens abzüglich der Mittel, die sich die Finanzierungsinstitute durch Plazierung ihrer Schuldverschreibungen beschafften, kann für das Jahr 1962 auf 8,5 Milliarden geschätzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr (7,1 Milliarden) beträgt die Erhöhung 20 %.

Die kurzfristigen Kredite haben ebenfalls stark zugenommen; es ist jedoch nicht möglich zu bestimmen, in welchem Ausmass solche Kredite für Zwecke der Investitionsfinanzierung aufgenommen worden sind.

* * *

Die Finanzierungsmittel, welche sich die Unternehmen 1962 über Aktienemissionen auf den Kapitalmärkten der EWG-Länder beschaffen konnten, waren im allgemeinen umfangreicher als im Vorjahr.

	1961	1962
	(Milliarden Rechnungseinheiten)	
Deutschland	0,82	0,55
Belgien	0,07	0,14
Frankreich	0,65	0,81
Italien	0,67	0,95
Luxemburg	0,03	0,05
Niederlande	0,04	0,13
Gemeinschaft insgesamt	2,28	2,63

Die Aktienkurse entwickelten sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich : In Frankreich wies der allgemeine Aktienindex einen leichten Anstieg auf, während er in Belgien konstant blieb und in den

Niederlanden, in Italien und in Deutschland erheblich zurückging. Vor allem in Deutschland dürfte der Kursrückgang die Möglichkeiten einer Finanzierung über den Aktienmarkt eingeschränkt haben.

Die Nettoemissionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft auf dem Rentenmarkt haben sich — für die EWG-Länder insgesamt gesehen — erneut erhöht. Die Emissionstätigkeit verstärkte sich in Deutschland, Belgien und Italien, während sie in Frankreich und den Niederlanden leicht rückläufig war.

	1961	1962
	(Milliarden Rechnungseinheiten)	
Deutschland	1,96	2,36
Belgien	0,44	0,52
Frankreich	0,74	0,70
Italien	1,41	1,53
Luxemburg	—	0,01
Niederlande	0,14	0,12
Gemeinschaft insgesamt	4,69	5,24

In Deutschland griffen neben den Hypothekar- und Kommunalkreditinstituten, auf die wiederum der grösste Teil der Anleiheerlöse entfiel, besonders die öffentlichen Körperschaften und die Industrie verstärkt auf den Anleihemarkt zurück. Zahlreiche Industrieunternehmen machten von der Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung der vor 1958 aufgenommenen hochverzinslichen Anleihen Gebrauch und gaben an ihrer Stelle neue Wertpapiere aus.

Die Renditen, die bis gegen Ende des ersten Quartals zurückgingen, stiegen später wieder auf etwa 6 %, d.h. das Niveau von Ende 1961. Diese Rendite wurde während des ganzen zweiten Halbjahres 1962 geboten, um den Kapitalmarkt leistungsfähig zu halten.

In Belgien nahmen die öffentlichen Emittenten den Rentenmarkt wesentlich stärker in Anspruch als im Vorjahr. Die Industrie legte zum erstenmal seit 1959 wieder einige Anleihen zur öffentlichen Zeichnung auf.

Aufgrund der hohen Liquidität des Marktes, die trotz der steigenden Nachfrage auch eine Senkung der Rendite ermöglichte, erwies sich die Unterbringung der Papiere als relativ einfach. Am Jahresende überschritten die Renditen kaum 5,25 %, was einem Rückgang um 0,50 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

In Frankreich überstiegen die Rückzahlungen des Staates und der öffentlichen Körperschaften wie im Vorjahr bei weitem die Neuemissionen. Die zusätzlichen Mittel, über die der Kapitalmarkt auf diese Weise verfügte, flossen den Finanzierungsinstituten, den verstaatlichten Unternehmen und der Privatwirtschaft zu. Der Anteil der privaten Unternehmen am gesamten Emissionsvolumen ging allerdings im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück.

Durch eine sorgfältige Kontrolle der Anleiheemissionen konnten die Renditen in Frankreich bemerkenswert stabil gehalten werden. Sie bewegten sich für neue Emissionen um 5,70 % und variierten — im Gegensatz zu der Effektivverzinsung, die sich aus der Kursentwicklung früher begebener Wertpapiere ergab — kaum nach Emittentengruppen. (Ende 1962 betrugen die Renditen für Obligationen aus älteren Emissionen 5,30 % bei öffentlichen und halböffentlichen und 6,20 % bei privaten Anleiheschuldnern.)

Auch in Italien erhöhten sich die Emissionen festverzinslicher Wertpapiere im Vergleich zum Vorjahr. Die Zinssätze zeigten im Zusammenhang mit dieser Nachfragesteigerung vom zweiten Quartal an eine gewisse Aufwärtstendenz. Am Jahresende lagen die Renditen der neuen Anleihen um 6 % gegenüber 5,70 % ein Jahr zuvor; die Kursentwicklung der Obligationen aus älteren Emissionen ergab gleichfalls eine wesentliche Erhöhung der Renditen.

In Luxemburg legten die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft 1962 mehrere Anleihen auf, nachdem sie den Rentenmarkt im Vorjahr nicht in Anspruch genommen hatten. Die Renditen der öffentlichen Emissionen lagen etwas über 4 %, die der privaten Emissionen etwas über 4 1/2 %.

In den Niederlanden wurden die staatlichen Neuemissionen stark eingeschränkt und durch die Tilgung früher begebener Staatsanleihen mehr als ausgeglichen. Die Gemeinden und Gebietskörperschaften nahmen, vor allem über die Bank voor Nederlandse Gemeenten, Nettoemissionen in etwa der gleichen Höhe wie 1961 vor, während der Privatwirtschaft Mittel in wesentlich grösserem Umfang als im Vorjahr zuflossen.

Der Kapitalzins stieg in den Niederlanden gegen Mitte des Jahres um etwa 1/4 % und verblieb dann auf dem erreichten Stand. Für die langfristigen Anleihen des wichtigsten Emittenten, der Bank voor Nederlandse Gemeenten, die aufgrund ihres Sonderstatuts eine bevorzugte Stellung auf dem Kapitalmarkt hat, lag die Rendite bei 4 1/2 %.

Trotz dieser Erhöhung bietet der niederländische Anleihemarkt nach wie vor die günstigsten Bedingungen; an zweiter Stelle steht der belgische Kapitalmarkt. Ein weiterer Vorteil für Emissionen in diesen beiden Ländern besteht ausserdem darin, dass die Emissionskosten offenbar wesentlich niedriger sind als in den anderen Mitgliedsländern.

Neben diesen internen Emissionen haben verschiedene Länder der Gemeinschaft 1962 eine Reihe ausländischer Anleihen zugelassen.

Der Kapitalmarkt der Niederlande stand trotz einer im Vergleich zum Vorjahr starken Beschränkung der Auslandsemissionen wieder an erster Stelle. Die neuen Auslandsemissionen betrugen hier 1962 nominal 230 Millionen Gulden. Unter Berücksichtigung der Rückzahlungen wurde der niederländische Markt durch ausländische Emittenten in Höhe von netto 142 Millionen Gulden in Anspruch genommen (536 bzw. 432 Millionen im Jahre 1961). Die Renditen dieser Anleihen lagen zwischen 4,55 % und 5,25 % und hatten während des Zeitraums der Öffnung des niederländischen Kapitalmarktes für Auslandsemissionen steigende Tendenz.

In Italien wurden zwei Emissionen internationaler Finanzinstitute mit insgesamt 30 Milliarden Lire (gegenüber 15 im Jahre 1961) zugelassen. Diese Emissionen wurden zu 5 % zum Nennwert angeboten;

demgegenüber hätten die gegen Ende des Jahres auf dem Kapitalmarkt vorherrschenden Bedingungen einen für die Emittenten ebenso günstigen Zinssatz nicht mehr erlaubt.

In Deutschland, wo seit 1959 keine grösseren Anleihen ausländischer Emittenten mehr aufgelegt worden waren, wurde die Begebung einer ausländischen Anleihe in Höhe von 100 Millionen DM ermöglicht, deren Rendite bei etwa 7 % lag.

Ausserdem konnte im Mai 1962 an mehreren Börsenplätzen der Gemeinschaft die zweite Tranche (5 Millionen Dollar) einer portugiesischen Anleihe untergebracht werden. Diese Anleihe lautet auf Rechnungseinheiten nach der Definition der ehemaligen Europäischen Zahlungsunion. Zins- und Tilgungszahlungen werden nach Wahl des Inhabers in einer der 17 EZU-Währungen geleistet. Im Dezember 1962 wurde ferner für Beginn 1963 die Begebung einer norwegischen Anleihe mit gleichartigen Bedingungen in Höhe von 12 Millionen Dollar angekündigt.

Der Gesamtbetrag der 1962 in der Gemeinschaft aufgelegten ausländischen Anleihen beläuft sich auf fast 140 Millionen Rechnungseinheiten, wovon 50 Millionen Emittenten aus anderen Gemeinschaftsländern und etwa 90 Millionen Emittenten aus dritten Ländern zuflossen. Demgegenüber belief sich der Gesamtbetrag, der von Emittenten aus Ländern der Gemeinschaft auf dem amerikanischen und schweizerischen Kapitalmarkt aufgenommen wurde, auf etwas weniger als 150 Millionen.

II

DARLEHEN

Das Kreditgeschäft der Bank in den Mitgliedsländern hat sich 1962 sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch dem Gesamtbetrage der gewährten Darlehen nach weiter ausgeweitet. Ein wesentlicher Teil ihrer Darlehen war für Vorhaben mittlerer Grösse bestimmt : in fünf Fällen überstieg der Darlehensbetrag nicht 1 Million Rechnungseinheiten. Ferner beteiligte sich die Bank 1962 zum erstenmal an der Finanzierung eines Vorhabens zur industriellen Umstellung.

Während 1961 zehn Darlehen mit insgesamt 66,2 Millionen Rechnungseinheiten gewährt wurden, bewilligte der Verwaltungsrat im Laufe des Jahres 1962 fünfzehn Darlehen im Gesamtbetrag von 94,1 Millionen Rechnungseinheiten, von denen 77,9 Millionen Rechnungseinheiten auf vierzehn Vorhaben in Italien und 16,2 Millionen auf ein Vorhaben in Frankreich entfallen. Die Gesamtkosten der 1962 mitfinanzierten Investitionsvorhaben werden auf 237 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt.

Es handelt sich um folgende Vorhaben :

Frankreich

1. Modernisierung der Eisenbahnstrecken der *Société Nationale des Chemins de Fer Français (S.N.C.F.)* in der Bretagne. Elektrifizierung der Strecke Le Mans - Rennes und Umstellung der übrigen Strecken in der Bretagne auf Dieselbetrieb. Darlehen der Bank : 16,2 Millionen Rechnungseinheiten.

Mittelitalien

2. Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von jährlich 65.000 t Stahlkonstruktionen durch die Gesellschaft *C.M.F. - Costruzioni Metalliche Finsider S.p.A.* in Livorno. Diese Fabrik wird etwa tausend

Arbeitskräfte aus den dortigen Werften beschäftigen, die ihre Tätigkeit im Zuge der Reorganisation des italienischen Schiffbaus wesentlich einschränken werden. Darlehen der Bank : 4,8 Millionen Rechnungseinheiten.

Süditalienisches Festland

3. Errichtung einer Brauerei in Apulien. Darlehen der Bank : 3 Millionen Rechnungseinheiten.

4. Erweiterung einer Zementfabrik in Barletta (Provinz Bari) mit dem Ziel einer Steigerung der Jahresproduktion um 250.000 t durch die *S.p.A. Cementeria di Barletta*. Darlehen der Bank : 2 Millionen Rechnungseinheiten.

5. Errichtung einer Ziegelei mit einer Jahreskapazität von 200.000 m^3 in Montesarchio (Provinz Benevento) durch die *I.C.L.A.M.-Industria Campana Laterizi Affini Montesarchio*. Darlehen der Bank : 0,7 Millionen Rechnungseinheiten.

6. Erweiterung einer Gerberei in Pescara durch die *C.I.R.-Concerie Italiane Riunite S.p.A.* Darlehen der Bank : 0,4 Millionen Rechnungseinheiten.

7. Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Trockenobst und Trockengemüse in Pulverform mit einer Wasserverdampfungskapazität von 2.000 Liter pro Stunde. Dieses in Mondragone (Provinz Caserta) gelegene Projekt wird von der Gesellschaft *I.D.A.C. - Impianto Disidratazione Agro Campano* durchgeführt. Darlehen der Bank : 1 Million Rechnungseinheiten.

8. Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von elektrischen Glühlampen in der Provinz Latina. Darlehen der Bank : 0,5 Millionen Rechnungseinheiten.

9. Umbau von Kühlanlagen und Errichtung von Anlagen für die Konservierung von Obst und Gemüse in Porto d'Ascoli (Provinz Ascoli Piceno) durch die *SURGELA - Industrie Frigorifere e Conserviere della Valle del Tronto*. Darlehen der Bank : 0,4 Millionen Rechnungseinheiten.

10. Errichtung einer Cellophanfabrik in Neapel. Darlehen der Bank : 3 Millionen Rechnungseinheiten.

11. Errichtung einer Zementfabrik in der Nähe des Hüttenwerks der Italsider (für das die Bank bereits 1960 ein Darlehen gewährt hat) in Tarent. Die Fabrik, die teilweise die Hochofenschlacke des Hüttenwerks verarbeiten soll, wird jährlich 1 Million t Zement erzeugen. Das Projekt wird von der Gesellschaft *CEMENTIR - Cementerie del Tirreno S.p.A.* durchgeführt. Darlehen der Bank : 6,4 Millionen Rechnungseinheiten.

Sardinien

12. Errichtung einer Fabrik zur Gewinnung von jährlich 50.000 t Magnesiumoxyd aus den im Meerwasser enthaltenen Magnesiumsalzen in Sant'Antioco (Provinz Cagliari). Dieses Projekt wird von den Gesellschaften *Sardamag-Sarda Magnesite S.p.A.* und *Palmas Cave S.p.A.* durchgeführt. Darlehen der Bank : 4,6 Millionen Rechnungseinheiten.

13. Errichtung eines chemischen Industriekomplexes in Cagliari durch die *Rumianca S.p.A.* und sechs weitere Gesellschaften der gleichen Gruppe. Das Produktionsprogramm umfasst, von der Elektrolyse von Seesalz und dem Cracking leichter Erdöldestillate ausgehend, vor allem die Herstellung von Polyvinylchlorid und Polyäthylen. Darlehen der Bank : 24 Millionen Rechnungseinheiten.

14. Errichtung eines petrochemischen Industriekomplexes in Porto Torres (Provinz Sassari) durch die *Sarda Industria Resine (S.I.R.)* und vier weitere Gesellschaften der gleichen Gruppe. Darlehen der Bank : 19,2 Millionen Rechnungseinheiten.

Sizilien

15. Errichtung eines Industriekomplexes zur Herstellung von Kaschierpapier für Wellpappe aus sizilianischem Eukalyptusholz. Dieses in Fiumefreddo (Provinz Catania) gelegene Projekt wird von der *S.I.A.C.E. - Società Industriale Agricola per la Produzione di Cellulosa da Eucalipto S.p.A.* durchgeführt. Darlehen der Bank : 8 Millionen Rechnungseinheiten.

* * *

Die beiden Darlehen an die *Société Nationale des Chemins de Fer Français (S.N.C.F.)* und die Gesellschaft *C.M.F. - Costruzioni Metalliche Finsider S.p.A.* werden den Begünstigten direkt gewährt. Die Darlehen für die anderen, im Tätigkeitsgebiet der *Cassa per il Mezzogiorno* gelegenen Vorhaben werden wie bisher diesem Institut

gewährt; die Cassa leitet die Beträge über das zuständige regionale Bankinstitut, das sich auch seinerseits an der Finanzierung der Vorhaben beteiligt, an den Endkreditnehmer weiter.

In den vorliegenden Fällen handelt es sich um folgende öffentlich-rechtliche Kreditinstitute für Industriefinanzierung :

— Süditalienisches Festland : *Istituto per lo Sviluppo Economico dell'Italia Meridionale (ISVEIMER);*
— Sardinien : *Credito Industriale Sardo (CIS);*
— Sizilien : *Istituto Regionale per il Finanziamento alle Industrie in Sicilia (IRFIS).*

* * *

Seit ihrer Gründung bewilligte die Bank bis Ende 1962 37 Darlehen im Gesamtbetrag von 254,3 Millionen Rechnungseinheiten, d.h. durchschnittlich 6,9 Millionen pro Darlehen. Die Investitionen, an deren Finanzierung sich die Bank beteiligt hat, belaufen sich auf insgesamt 1,25 Milliarden Rechnungseinheiten : der Anteil der von der Bank bereitgestellten Finanzierungsmittel beträgt mithin im Durchschnitt etwa 20 %, schwankt jedoch beträchtlich je nach Art und Umfang der Vorhaben. Die Laufzeit der Darlehen beträgt für industrielle Projekte im allgemeinen 11-15 Jahre, für Infrastrukturvorhaben (Energiewirtschaft, Verkehrswesen) und landwirtschaftliche Projekte im allgemeinen 16-20 Jahre.

Auf die einzelnen Länder verteilen sich die bisher bewilligten Darlehen in folgender Weise :

AUFTEILUNG DER DARLEHEN NACH LÄNDERN
am 31. Dezember 1962

Land	*Anzahl der Vorhaben*	*Darlehen der E.I.B. (Mio RE)*	*Anteil des Landes am Gesamtbetrag*
Belgien	1	4,8	2 %
Deutschland	2	27,4	11 %
Frankreich	8	54,0	21 %
Italien	25	164,1	64 %
Luxemburg	1	4,0	2 %
Insgesamt	37	254,3	100 %

Auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verteilen sich die Darlehen wie folgt :

AUFTEILUNG DER DARLEHEN
NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN
am 31. Dezember 1962

Wirtschaftsbereich	*Anzahl der Vorhaben*	*Darlehen der E.I.B. (Mio RE)*	*Anteil des Wirtschaftsbereiches am Gesamtbetrag*
Landwirtschaft	2	10,5	4 %
Verkehr	4	66,2	26 %
Energie	6	42,6	17 %
Industrie	25	135,0	53 %
davon :			
— Eisen und Stahl	1	24,0	
— Baustoffe	3	9,1	
— Zellstoff und Papier	2	12,8	
— Maschinenbau	3	11,2	
— Chemie	9	71,9	
— Nahrungsmittel	4	4,8	
— Sonstige Industriezweige	3	1,2	
Insgesamt	37	254,3	100 %

* * *

Am 31. Dezember 1962 waren 26 Darlehensverträge über einen Gesamtbetrag von 213,0 Millionen Rechnungseinheiten und Ende März 1963 36 Darlehensverträge über einen Gesamtbetrag von 253,7 Millionen unterzeichnet. Die auf diese Darlehen ausgezahlten Beträge beliefen sich unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Darlehensrückzahlungen Ende 1962 auf 140,8 Millionen Rechnungseinheiten und Ende März 1963 auf 158,9 Millionen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die ersten Darlehensrückzahlungen in Höhe von 0,6 Millionen Rechnungseinheiten vorgenommen.

* * *

Der Tätigkeitsbereich der Europäischen Investitionsbank wurde 1962 auf mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierte Länder ausgedehnt.

Das am 9. Juli 1961 unterzeichnete Assoziierungsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Griechenland, das in unserem letzten Jahresbericht bereits erwähnt wurde, ist am 1. November 1962 in Kraft getreten. Ein Finanzprotokoll sieht vor, dass die Gemeinschaft innerhalb von fünf Jahren eine Finanzhilfe im Gesamtbetrag von 125 Millionen Dollar für Investitionsvorhaben in Griechenland gewähren wird. Die Bank, die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hierbei als Kreditgeber eingeschaltet werden soll, wurde von dem Rat der Gouverneure gemäss Artikel 18 ihrer Satzung ermächtigt, im Rahmen eines Kreditauftrags der Mitgliedstaaten für griechische Projekte innerhalb der ersten beiden Jahre Darlehen bis zum Höchstbetrag von insgesamt 50 Millionen Dollar gemäss den in ihrer Satzung festgelegten Modalitäten, Bedingungen und Verfahren einzuräumen. Für einen Teil der Darlehen können Zinszuschüsse zu Lasten der Mitgliedstaaten gewährt werden.

Auf dieser Grundlage haben die griechischen Behörden Ende 1962 eine Reihe von Darlehensanträgen für Investitionsprojekte eingereicht; sie werden gegenwärtig von der Bank geprüft.

Der Entwurf des paraphierten, aber noch nicht unterzeichneten Abkommens über die Erneuerung des Assoziierungsverhältnisses zwischen der Gemeinschaft und 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar für die nächsten fünf Jahre sieht u.a. vor, dass die Europäische Investitionsbank, im Rahmen einer Finanzhilfe der Gemeinschaft in Höhe von 730 Millionen Rechnungseinheiten, aus ihren Mitteln bis zu 64 Millionen in Form von Darlehen, die den in ihrer Satzung festgelegten Modalitäten, Bedingungen und Verfahren entsprechen, zur Verfügung stellen kann.

Weitere in Vorbereitung befindliche Vereinbarungen sehen vor, dass die Europäische Investitionsbank unter den gleichen Bedingungen im Rahmen einer Finanzhilfe der Gemeinschaft von 70 Millionen Rechnungseinheiten für die abhängigen überseeischen Länder und Gebiete und die französischen überseeischen Departements bis zu 6 Millionen Rechnungseinheiten in Form von Darlehen zur Verfügung stellen kann.

Diese Ausweitung der Tätigkeit der Bank auf Länder, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegenüber Westeuropa wesentliche Unterschiede aufweist, hat Änderungen der internen Organisation der Bank bedingt. Eine neue Kreditabteilung für Assoziierte Länder ist geschaffen worden. Die bereits bestehende Kreditabteilung hat die Bezeichnung Kreditabteilung für Mitgliedsländer erhalten.

Finanzierungen ausserhalb der Gemeinschaft setzen, wie die Erfahrung anderer internationaler Institute gezeigt hat, umfangreiche Vorstudien voraus, die die Bank zu unternehmen sich vorbereitet.

* * *

Neben ihrer Tätigkeit als Finanzierungsinstitut beteiligte sich die Bank an zahlreichen Arbeiten und Untersuchungen verschiedener Organe der Gemeinschaft, soweit sie Gebiete betrafen, die für ihre künftigen Aufgaben von Bedeutung sein können.

Die Bank ist ferner in den von der OECD eingesetzten Arbeitsgruppen für Fragen der langfristigen Entwicklung Griechenlands und der Türkei und in dem Konsortium für Griechenland vertreten.

MITTEL DER BANK

Auch im Jahre 1962 war es das Ziel der Anleihepolitik der Bank, eigene Emissionen nach und nach auf den verschiedenen Kapitalmärkten einzuführen, um auf diesem Wege in Zukunft ihren ständig steigenden Bedarf an Mitteln für die Erfüllung ihrer Aufgaben decken zu können.

Die Bank erhielt 1962 Zugang zum italienischen Kapitalmarkt und legte erneut eine Anleihe in den Niederlanden auf.

Die erste Anleihe der Bank in Italien im Gesamtbetrag von 15 Milliarden Lire (24 Millionen Rechnungseinheiten) wurde im Februar 1962 begeben und hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Die Teilschuld-

verschreibungen, die mit 5 % jährlich zu verzinsen sind, wurden zum Nennwert zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und werden Ende des fünfzehnten Jahres ebenfalls zum Nennwert zurückgezahlt. Vom sechsten Jahr an steht es der Bank frei, die Anleihe ohne Agio ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen.

Im Dezember 1962 wurde in den Niederlanden eine zweite Anleihe von 30 Millionen Gulden (etwa 8,3 Millionen Rechnungseinheiten) zum Nennwert zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Diese Anleihe, die eine Laufzeit von 20 Jahren hat, ist mit 4 3/4 % jährlich zu verzinsen und ab Dezember 1973 in zehn gleich hohen Jahresraten zum Nennwert zu tilgen.

Die konsolidierte Schuld der Bank beträgt einschliesslich dieser beiden Anleihen 53,7 Millionen Rechnungseinheiten.

* * *

Für die Bank stellte das Jahr 1962 das Ende eines ersten Arbeitsabschnittes dar, in dem die Mittel für das Kreditgeschäft aus dem eingezahlten Kapital stammten. Der Gesamtbetrag der bisher durch die Darlehensgewährung gebundenen Mittel beläuft sich auf 254,3 Millionen Rechnungseinheiten und überschreitet damit das eingezahlte Kapital der Bank; er stellt ungefähr 3/4 ihrer gesamten Mittel — eingezahltes Kapital, Anleiheerlöse und Reserven — dar. Da zwischen der Genehmigung der Darlehen, der Unterzeichnung der Verträge und der Auszahlung der Darlehenstranchen nach den jeweiligen Finanzierungsplänen eine gewisse Zeit vergeht, weist die Bank vorläufig jedoch noch eine hohe Liquidität auf.

III

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind diesem Bericht beigefügt.

Ihre wichtigsten Posten werden nachstehend erläutert :

BILANZ

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1962 beträgt
RE 411.248.568,32.

Am 31. Dezember 1961 belief sie sich auf RE 351.177.185,56.

AKTIVA

Kassenbestand und Bankguthaben, Goldguthaben, Schatzanweisungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Sicht- und Terminguthaben setzen sich am 31. Dezember 1962 wie folgt zusammen :

1. Kassenbestand und Bankguthaben : RE 156.504.062,63
   Davon sind RE 5.007,31 Kassenbestand
   und RE 156.499.055,32 Bankguthaben.
   Am 31. Dezember 1961 belief sich der vorgenannte Posten auf RE 143.841.597,06.
2. Goldguthaben : RE 8.520.897,32
   Sie setzen sich aus Barrengold und täglich fälligen Guthaben zusammen.
3. Schatzanweisungen und andere festverzinsliche Wertpapiere : RE 31.683.179,21

Es handelt sich um Schatzanweisungen in Höhe von RE 7.373.941,17, sonstige Geldmarktpapiere in Höhe von RE 10.561.476,60 und bei dem Restbetrag von RE 13.747.761,44 um Kassenobligationen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere.

Die Kassenobligationen und sonstigen Titel wurden mit ihrem Anschaffungswert oder mit ihrem Börsenwert zum 31. Dezember 1962, falls dieser niedriger war, jedoch höchstens mit ihrem Nominalwert eingesetzt.

In der Bilanz zum 31. Dezember 1961 wurde dieser Posten mit RE 50.875.745,29 ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag dieser drei Posten von RE 196.708.139,16 verteilt sich — nach Währungen — wie folgt :

Währungen der Mitgliedstaaten	RE 151.962.835,62
Andere Währungen	RE 36.224.406,22
Gold	RE 8.520.897,32

Die in den obigen Positionen aufgeführten Werte haben folgende Fälligkeiten :

Täglich fällig	RE 22.285.730,03
bis zu höchstens 3 Monaten	RE 59.436.986,29
von mehr als 3 bis zu höchstens 6 Monaten	RE 39.317.861,85
von mehr als 6 bis zu höchstens 12 Monaten	RE 69.135.674,55
länger als 12 Monate	RE 6.531.886,44

Gewährte Darlehen

Die ausgewiesenen RE 212.386.584,18 stellen den Gesamtbetrag der zugesagten Darlehen dar, für die die Verträge bis zum 31. Dezember 1962 unterzeichnet waren, abzüglich der geleisteten Rückzahlungen, die sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf RE 570.480,70 beliefen. Von diesem Betrag waren RE 140.784.650,48 am Stichtag an die Darlehensnehmer ausgezahlt.

Die sich aus diesen Auszahlungen ergebenden Forderungen der Bank verteilen sich auf folgende Währungen :

Währungen der Mitgliedstaaten	RE 100.425.983,46
Wahlrecht der Bank zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten	RE 25.127.484,78
Andere Währungen	RE 15.231.182,24

Der Gegenposten für die noch auszuzahlenden Darlehensbeträge, d.h. RE 71.601.933,70, erscheint unter der Position « Auszuzahlende Darlehen » auf der Passivseite.

Eine Gegenüberstellung der Zahlen bezüglich der Darlehen ergibt folgendes Bild :

	31. Dezember 1961	31. Dezember 1962
Ausgezahlte Darlehen	92.150.963,69	140.784.650,48
Auszuzahlende Darlehen	54.458.893,10	71.601.933,70
Darlehen insgesamt	146.609.856,79	212.386.584,18

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die voll abgeschriebene Betriebs- und Geschäftsausstattung wird in der Bilanz mit einem Merkposten ausgewiesen.

Zu erhaltende Zinsen und Provisionen

Es handelt sich um RE 2.128.053,51 Zinsen und Provisionen, die bis zum 31. Dezember 1962 aufgelaufen sind, aber noch nicht zur Zahlung fällig waren.

PASSIVA

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf RE 1.000.000.000,—, wovon RE 250.000.000,— eingezahlt sind und RE 750.000.000,— Garantiekapital darstellen.

Satzungsmässige Rücklage

Die satzungsmässige Rücklage erhöht sich von RE 10.256.538,26 zu Beginn des Geschäftsjahres durch Zuführung des Saldos der Gewinn- und Verlustrechnung auf RE 15.591.775,17.

Rückstellung für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien

Diese Rückstellung erhöht sich von RE 6.000.000,— Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 10.500.000,—.

Rückstellung für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten

Diese Rückstellung beläuft sich wie am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 5.500.000,—.

Rückstellung für Währungsrisiken, die nicht durch Artikel 7 der Satzung gedeckt sind

Der Betrag dieser Rückstellung hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 1962 nicht verändert.

Ausgleichsverbindlichkeiten lt. Artikel 7 Absatz 2 der Satzung

Der hierunter ausgewiesene Betrag beläuft sich auf RE 481.323,57 gegenüber RE 481.682,37 am 31. Dezember 1961.

Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Bei dem Betrag von RE 53.682.477,81 handelt es sich um die von der Bank aufgenommenen Anleihen und Kredite nach dem Stand vom 31. Dezember 1962.

Der Betrag verteilt sich wie folgt :

Teilschuldverschreibungen :	
4 1/2 % von 1961 in Gulden (hfl. 20.000.000) (Laufzeit sieben Jahre)	RE 5.524.861,88
4 1/2 % von 1961 in Gulden (hfl. 50.000.000) (Laufzeit zwanzig Jahre)	RE 13.812.154,70
5 % von 1962 in Lire (Lit. 15.000.000.000) (Laufzeit fünfzehn Jahre)	RE 24.000.000,—
4 3/4 % von 1962 in Gulden (hfl. 30.000.000) (Laufzeit zwanzig Jahre)	RE 8.287.292,82
Sonstige aufgenommene Mittel :	
Bankkredit von 1961 mit sechsjähriger Laufzeit in Schweizer Franken (sfr. 9.000.000)	RE 2.058.168,41
Gesamtbetrag :	RE 53.682.477,81

Auszuzahlende Darlehen

Der in dieser Position ausgewiesene Betrag von RE 71.601.933,70 entspricht den noch an die Darlehensnehmer der Bank zu leistenden Auszahlungen auf Grund der bis zum 31. Dezember 1962 unterzeichneten Darlehensverträge.

Im voraus erhaltene bzw. anteilige Zinsen und Provisionen

Der Betrag von RE 908.174,70 betrifft mit RE 870.735,42 anteilige, aber noch nicht fällige Anleihezinsen und mit RE 37.439,28 Zinsen, die bis zum 31. Dezember 1962 für einen über den Bilanzstichtag hinausgehenden Zeitraum vereinnahmt wurden.

Sonstige Passiva

Diese mit RE 982.883,37 ausgewiesene Position enthält verschiedene während des Berichtsjahres begründete, aber noch nicht beglichene Verbindlichkeiten sowie den Betrag, der für die Sozialeinrichtung des Personals zurückgestellt ist.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

AUFWENDUNGEN

Verwaltungskosten

Für Verwaltungskosten wurden RE 1.453.758,89 gegenüber RE 1.124.720,82 im vorhergehenden Geschäftsjahr aufgewendet.

Die Kosten verteilen sich auf :

Ausgaben für das Personal	RE 908.968,91
Allgemeine Unkosten und Rücklagen für andere eventuelle Verbindlichkeiten	RE 544.789,98

Anleihezinsen und -kosten

In diesem Posten von RE 2.573.874,96 sind die Anleihezinsen und die im Zusammenhang mit diesen Geschäften stehenden Kosten und anderen Lasten erfasst.

Provisionen und Wertberichtigungen

Der ausgewiesene Betrag von RE 116.072,19 betrifft in Höhe von RE 115.984,21 Wertberichtigungen des Wertpapierbestandes zum 31. Dezember 1962.

Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattung haben im abgelaufenen Geschäftsjahr RE 21.569,40 gegenüber RE 40.282,62 im Jahre 1961 betragen. Der Zugang wurde in voller Höhe abgeschrieben.

ERTRÄGE

Zinsen und Provisionen auf Darlehen

Dieser Posten beläuft sich auf RE 6.357.997,87 gegenüber RE 3.283.355,90 im Vorjahr. In dieser Erhöhung kommt die merkliche Zunahme der auf die gewährten Darlehen ausgezahlten Beträge zum Ausdruck.

Zinsen auf Geldanlagen

Die sich aus der Anlage flüssiger Mittel ergebenden Zinsen betrugen RE 7.637.437,16 gegenüber RE 8.266.453,54 im vorhergehenden Geschäftsjahr.

IV

Am 15. Juli 1962 ist Herr Vizepräsident Claude TIXIER aus dem Direktorium der Bank ausgeschieden, um das Amt des Präsidenten eines bedeutenden Bankinstituts in Frankreich zu übernehmen.

Wir möchten Herrn TIXIER an dieser Stelle sehr herzlich für seinen überaus wertvollen Beitrag zum Aufbau der Bank in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens danken.

Als Nachfolger von Herrn TIXIER wurde Herr Yves LE PORTZ, vorher Generaldirektor der Finanzen in Algerien, vom Rat der Gouverneure zum Vizepräsidenten bestellt.

* * *

Im Verwaltungsrat traten folgende Änderungen ein :

Am 8. Mai 1962 bestellte der Rat der Gouverneure Herrn André DE LATTRE als Nachfolger des ausgeschiedenen Herrn Jean SADRIN zum ordentlichen Verwaltungsratsmitglied.

Wir danken Herrn SADRIN für seine wertvolle und sachkundige Mitarbeit.

Zu stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden bestellt :

Herr Alain PRATE (Stellvertreter von Herrn BOBBA) am 28. Februar 1962;

Herr Friedrich BERNARD (Stellvertreter von Herrn FECHNER) am 8. Mai 1962 und

Herr Jean RIPERT (Stellvertreter von Herrn SCHWEITZER) am 14. Januar 1963.

* * *

Das Personal der Bank bestand am 31. Dezember 1962 aus 99 Personen.

Brüssel, den 27. März 1963

Der Präsident
des Verwaltungsrates

PARIDE FORMENTINI

BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

BERICHT DER HERREN PRICE WATERHOUSE & Co.

60, rue Ravenstein
Brüssel

An den Präsidenten,
EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
BRÜSSEL

Nach unserer Ansicht gibt der beigefügte Jahresabschluss die finanzielle Lage der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1962 und das Ergebnis des an diesem Stichtag beendeten Geschäftsjahres nach allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen, die im Vergleich zum Vorjahre unverändert angewandt worden sind, angemessen wieder. Unsere Prüfung dieses Jahresabschlusses wurde in Übereinstimmung mit den im Prüfungswesen allgemein angewandten Grundsätzen vorgenommen und umfasste infolgedessen diejenigen Stichproben in den Büchern und Unterlagen und solche anderen Prüfungshandlungen, die wir in den gegebenen Verhältnissen für erforderlich hielten.

Den 28. März 1963.

PRICE WATERHOUSE & Co.

BILANZ ZUM 31.

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

Die Konten der Bank werden unter Anwendung

1 RE = 50 bfr. = 4,00 DM = 4,93706 NF = 625 Lit.

AKTIVA

KASSENBESTAND UND BANKGUTHABEN			
Währungen der Mitgliedsländer			
täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr . . .	126.799.926,47		
mit Laufzeit über ein Jahr .	750.000,00		
		127.549.926,47	
Andere Währungen			
täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr		28.954.136,16	
			156.504.062,63
GOLDGUTHABEN			8.520.897,32
SCHATZANWEISUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE			
Währungen der Mitgliedsländer			
mit Laufzeit bis zu einem Jahr	18.681.022,71		
mit Laufzeit über ein Jahr .	5.731.886,44		
		24.412.909,15	
Andere Währungen			
mit Laufzeit bis zu einem Jahr	7.220.270,06		
mit Laufzeit über ein Jahr .	50.000,00		
		7.270.270,06	
			31.683.179,21
GEWÄHRTE DARLEHEN			
davon			
ausgezahlt :			
in Währungen der Mitgliedsländer	125.553.468,24		
in anderen Währungen . .	15.231.182,24		
		140.784.650,48	
noch auszuzahlen		71.601.933,70	
			212.386.584,18
BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG			1,00
ZU ERHALTENDE ZINSEN UND PROVISIONEN			2.128.053,51
SONSTIGE AKTIVA			25.790,47
Summe der Aktiva : RE			411.248.568,32

DEZEMBER 1962

Feingold — Artikel 4 der Satzung)

folgender Umrechnungskurse geführt :

= 50 Luxfr. = 3,62 hfl. = 1 US $ = 4,37282 sfr.

PASSIVA

GEZEICHNETES KAPITAL	1.000.000.000,00	
davon gem. Art. 5 Absatz 1 der Satzung einbezahlt		250.000.000,00
SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGE		15.591.775,17
RÜCKSTELLUNGEN		
für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien	10.500.000,00	
für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten	5.500.000,00	
für Währungsrisiken, die nicht durch Art. 7 der Satzung gedeckt sind	2.000.000,00	
		18.000.000,00
AUSGLEICHS-VERBINDLICHKEITEN LT. ART. 7 ABSATZ 2 DER SATZUNG		481.323,57
MITTEL- UND LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		
in Währungen der Mitgliedsländer . . .	51.624.309,40	
in anderen Währungen	2.058.168,41	
		53.682.477,81
AUSZUZAHLENDE DARLEHEN		71.601.933,70
IM VORAUS ERHALTENE BZW. ANTEILIGE ZINSEN UND PROVISIONEN		908.174,70
SONSTIGE PASSIVA		982.883,37
Summe der Passiva : RE		411.248.568,32

GEWINN- UND VERLUST

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

AUFWENDUNGEN

VERWALTUNGSKOSTEN	1.453.758,89
ANLEIHEZINSEN UND -KOSTEN	2.573.874,96
PROVISIONEN UND WERTBERICHTIGUNGEN	116.072,19
ABSCHREIBUNGEN AUF BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG .	21.569,40
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR RISIKEN AUS DER GEWÄHRUNG VON DARLEHEN UND GARANTIEN	4.500.000,00
DER SATZUNGSMÄSSIGEN RÜCKLAGE ZUGEWIESENER SALDO . . .	5.335.236,91
Summe : RE	14.000.512,35

RECHNUNG FÜR DAS JAHR 1962

Feingold — Artikel 4 der Satzung)

	ERTRÄGE
ZINSEN UND PROVISIONEN AUF DARLEHEN	6.357.997,87
ZINSEN UND PROVISIONEN AUF GELDANLAGEN	7.637.437,16
KURSDIFFERENZEN	5.077,32
Summe : RE	14.000.512,35

ERKLÄRUNG
DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Ausschuss, der gemäss Art. 14 der Satzung und Art. 25 der Geschäftsordnung der Europäischen Investitionsbank zur Prüfung der Ordnungsmässigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Bücher eingesetzt wurde,

unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 1962 sowie auf die Bilanz der Bank zum 31. Dezember 1962 und die Gewinn- und Verlustrechnung für das an dem letztgenannten Tag abgeschlossene Geschäftsjahr, wie sie von dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 27. März 1963 festgestellt wurden,

unter Bezugnahme auf die Artikel 22, 23 und 24 der Geschäftsordnung,

bestätigt hiermit :

dass die Geschäfte der Bank während des Geschäftsjahres 1962 entsprechend den in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Formalitäten und Verfahrensvorschriften durchgeführt wurden,

dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Bank übereinstimmen und dass sie sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite die Vermögenslage der Bank genau wiedergeben.

Brüssel, den 3. April 1963

Der Prüfungsausschuss

R. Bresson
K. Bernard
A. M. de Jong

Lesigne, Bruxelles.